



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 22.08.2022

Makroausblick 2022

Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | **Aug** | Sep | Okt | Nov | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 22.08.2022

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise dominieren den Konjunkturausblick. Der Krieg drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Er tritt zu der anhaltend hohen Inflation und den Lieferengpässen hinzu und verschärft diese. Die Sanktionen erweisen sich dabei als zweischneidiges Schwert, weil sie in Europa zu einer Energiekrise führen. Auch wenn die Pandemie dank der Omikron-Variante hierzulande ihren Schrecken verliert, tragen die harten Corona-Maßnahmen der chinesischen Regierung zu den globalen Lieferengpässen bei. Insgesamt bleibt Corona damit ein Belastungsfaktor für die Weltwirtschaft. Für die Eurozone, Großbritannien und die USA erwarten wir eine Rezession.
- **Inflation:** Der Preisauftrieb hält an. Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen verschärft – wobei sich der Ölpreis inzwischen wieder beruhigt hat. Nun kreist aber noch das Damoklesschwert eines kompletten russischen Gas-Lieferstopps über der deutschen Wirtschaft. Rohstoff- und Lebensmittelpreise sind die Haupttreiber der Inflation. Selbst nachdem die Spitze der Inflation überwunden wird, dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation zwingt die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die US-Fed, die Bank of England, die Schweizer Nationalbank und zuletzt auch die EZB haben die Zinswende eingeleitet. Mit 50 Basispunkten ist die erste Zinserhöhung der EZB zwar überraschend hoch ausgefallen, doch dieser Schritt kam sehr spät und insgesamt wirkt die EZB weiterhin zögerlich. Das belastet den Euro-Wechselkurs.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. In den vergangenen Jahren haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen in diesem Jahr in die Höhe geschossen. Rezessionsängste hatten den Zinsanstieg zwischenzeitlich allerdings ausgebremst und eine Gegenbewegung eingeleitet. Nun geht es wieder aufwärts.

Verbrauchervertrauen im Keller

Die Konjunkturmotoren aller drei großen Wirtschaftsregionen der Welt – USA, Europa und China – stottern. Während China mit seiner unhaltbaren Corona-Politik und einer Vielzahl interner finanzieller Probleme zu kämpfen hat, werden die USA und Europa von einem Inflations-Tsunami heimgesucht. Obwohl die Wirtschaftstätigkeit insbesondere auf den Arbeitsmärkten im Westen bisher weitgehend stabil bleibt, fürchten sich die Verbraucher vor dem, was angesichts eines sich verschärfenden Realeinkommensschocks und steigender Kreditkosten noch kommen kann.

USA – der Notenbank-Faktor: Die US-Wirtschaft mit ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen und Produktionskapazitäten im Energiebereich ist teilweise von den direkten Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges abgeschirmt. Aber die USA haben ein anderes Problem. Die hohe Inflation, die größtenteils durch übermäßige geld- und fiskalpolitische Anreize im Jahr 2021 verursacht wurde, muss nun gebändigt werden. Obwohl die Benzinpreise zu sinken scheinen, muss die Fed weiterhin auf die Bremse treten, um den Inflationsdruck auf breiter Basis zu dämpfen. Eine weitere Straffung der Geldpolitik wird die USA wahrscheinlich in eine Rezession stürzen.

Europa – der Energieschock: Europa, vor allem Deutschland und seine östlichen Nachbarn, trägt die Hauptlast der von Putin verhängten Kürzung der Gaslieferungen. Der darauf folgende Kampf in ganz Europa, genügend Gasreserven für die kalten Monate anzulegen, hat die Großhandelspreise für Gas in beängstigende Höhen getrieben. Selbst wenn Europa, wie wir erwarten, eine Rationierung vermeidet, werden die dramatisch hohen Preise schmerzen. Die Eurozone befindet sich wahrscheinlich bereits in der Anfangsphase einer Rezession, die andauern wird, bis die wärmeren Monate im Frühjahr 2023 für eine gewisse Entspannung sorgen.

Kurzfristig kann es noch schlimmer werden: Die Verbraucher haben Angst vor dem, was kommen wird. Im Vereinigten Königreich fiel das GfK-Verbrauchervertrauen im August auf ein Rekordtief von -44. Während ein Rückgang der Benzinpreise dazu beitragen könnte, das US-Verbrauchervertrauen in der Nähe seines aktuell sehr niedrigen Niveaus zu stabilisieren, könnten steigende Energiekosten das Vertrauen in Europa in den kommenden Monaten auf neue Tiefststände drücken.

Wichtige Termine: 22.-28. August 2022

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
Einkaufsmanagerindex, August	Eurozone	23.08., 10:00	49,0	48,8	49,9
ifo Geschäftsklimaindex	Deutschland	25.08., 10:00	86,5	86,9	88,6
BIP, Q2, ggü. Vorquartal, ann. (zweite Veröffentlichung)	USA	25.08., 14:30	-0,9 %	-0,9 %	-0,9 %

Eurozone

Russland hat einen dreitägigen Gas-Lieferstopp (Nordstream 1) angekündigt. Die Nachricht hat den Gaspreis erneut nach oben schießen lassen. Für sich genommen macht diese dreitägige Lieferpause keinen großen Unterschied, weil die russischen Lieferungen bereits auf 20 % der Kapazität heruntergefahren sind. Aber das Risiko wird noch einmal bewusster, dass Russland die Lieferungen länger oder dauerhaft einstellt. Bislang sind die EU und Deutschland bei der Vorbereitung auf die kalte Jahreszeit durch die Speicherung von mehr Gas auf Kurs. Die Speicherstände in der EU sind auf 76,9 % der Kapazität gestiegen, in Deutschland sind 79,5 % erreicht.

USA

Das reale BIP der USA ist in Q2 um annualisiert 0,9 % ggü. Vorquartal gesunken. Es ist der zweite Rückgang in Folge, sodass die USA in eine technische Rezession eingetreten sind. Im Vorjahresvergleich bleiben die Daten positiv.

Am Arbeitsmarkt gibt es hingegen bisher keine Spur von Rezession. Mit 530.000 neuen Stellen außerhalb der Landwirtschaft fiel der Juli-Arbeitsmarktbericht deutlich besser aus als erwartet (Konsens: +250.000). Die Arbeitslosenquote ist auf 3,5 % gefallen. Der Arbeitsmarkt hat damit den Pandemie-Einschlag komplett verdaut und steht so stark da wie selten zuvor.

Deutschland

Die Große Koalition aus SPD, Grünen und FDP muss in diesen Zeiten schwierige Aufgaben lösen. Dabei zeigt sich, dass die drei Koalitionspartner inhaltlich oft weit auseinander liegen: SPD und Grüne sind tendenziell gegen eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke, die FDP tendenziell dafür. SPD und Grüne sind tendenziell für eine „Übergewinnsteuer“, die FDP ist tendenziell dagegen.

Nach schärferen Rückschlägen in den Vormonaten hat sich die Stimmung der Finanzexperten gemäß ZEW-Index weiter verschlechtert. Allerdings fiel der Rückschlag im Vergleich zum Vormonat recht moderat aus.

China

Das chinesische Wirtschaftswachstum kühlt sich weiter ab. Im zweiten Quartal lag das chinesische BIP nur noch um magere 0,4 % über dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Neben den wirtschaftlichen Problemen werden mit dem zugespitzten Taiwan-Konflikt nun auch die Risiken deutlicher, die politisch von China ausgehen.

Abgesehen davon drohen China mittelfristig Rückschläge, weil nach den Krisen der letzten Jahre die Globalisierung absehbar ein Stück zurückgeschnitten wird. Zudem sind die Probleme in Chinas überschuldetem Immobiliensektor noch nicht gelöst.

Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

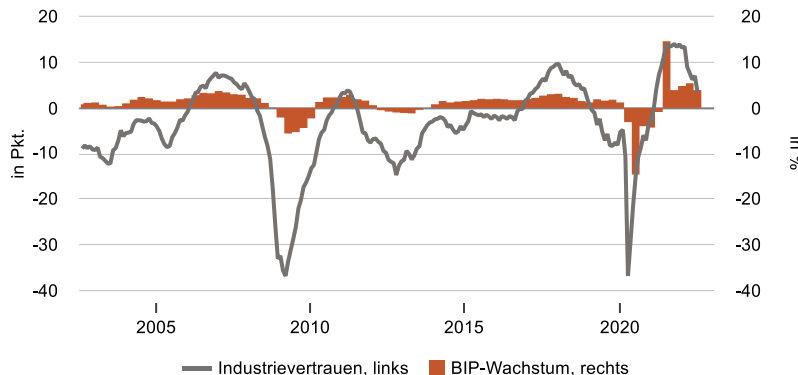


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Industrieproduktion überrascht positiv

- Die Industrieproduktion hat im Juni überraschend deutlich um 0,7 % zugelegt. Der Vormonat Mai wurde zudem auf 2,1 % hochrevidiert. Im Vergleich zum Juni 2021 liegt die Industrieproduktion um 2,4 % höher.
- In den nächsten Monaten dürften sich die Probleme von der Angebots- auf die Nachfrageseite verschieben. Wir erwarten, dass sowohl die Industrieproduktion als auch die Gesamtwirtschaft in Q3 in eine Rezession rutscht.
- Der von Russland angekündigte dreitägige Gas-Lieferstopp wegen Wartungsarbeiten an Nordstream 1 lässt den Gaspreis weiter steigen und sorgt für neue Verunsicherung.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



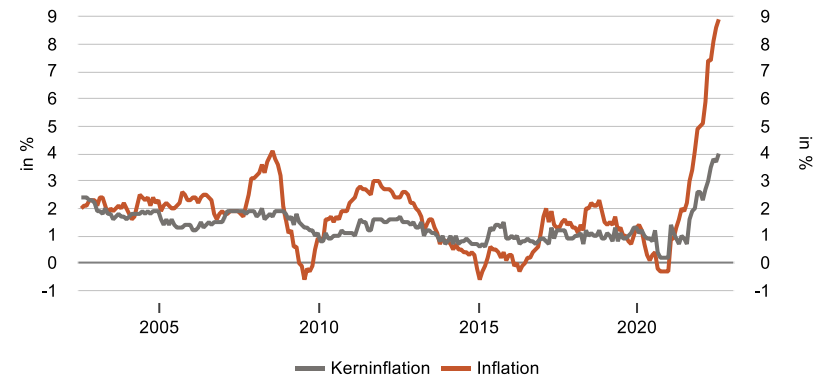
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2002 – 08/2022

Die Inflation zieht weiter an

- Die Inflationsrate der Eurozone verzeichnete im Juli einen Anstieg von 0,3 Prozentpunkten auf 8,9 %. Haupttreiber waren erneut die Energiepreise. So gingen die Juli-Werte im Vorjahresvergleich zwar leicht zurück (39,7 % nach 42,0 % im Juni), dennoch bleibt die Teuerung für Energie damit weiter auf einem sehr hohen Niveau. Die Preise für Lebensmittel sind weiter gestiegen. Der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat lag im Juli bei 9,8 % (Juni: 8,9 %).
- Der Höhepunkt der Inflation dürfte noch nicht erreicht sein. In Deutschland enden bald der „Tankrabatt“ und das 9-Euro-Ticket. Zudem signalisieren die stark gestiegenen Produzentenpreise weiteren Preisauftrieb.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2002 – 07/2022

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

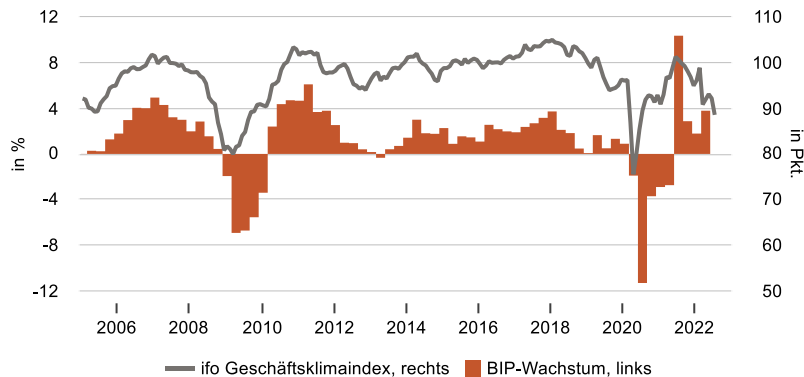


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

ZEW-Index mit leichtem Rückgang

- Nach schärferen Rückschlägen in den Vormonaten hat sich die Stimmung der Finanzexperten gemäß ZEW-Index weiter verschlechtert. Allerdings fiel der Rückschlag im Vergleich zum Vormonat moderat aus. Bei der Lagebeurteilung ging es von $-45,8$ Punkten runter auf $-47,6$. Bei den Erwartungen fiel der Wert von $-53,8$ auf $-55,3$ Punkte.
- Die Lagebeurteilung ist zwar schlecht, aber noch nicht so schlecht wie während der Pandemie oder der globalen Finanzkrise. Die bevorstehende Rezession dürfte die Werte in den kommenden Monaten noch weiter nach unten drücken, aber nicht unbedingt unter die Tiefpunkte von Pandemie und Finanzkrise.

Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



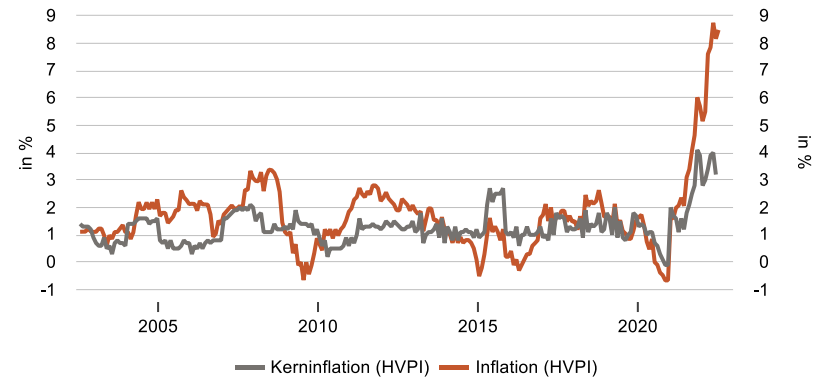
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2005 – 07/2022

Erzeugerpreise schießen weiter nach oben

- Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sind im Juli auf Rekordwerte gestiegen: Laut Statistischem Bundesamt lagen sie um $37,2\%$ über dem Wert des Vorjahresmonats. Das ist der stärkste Anstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Im Vormonatsvergleich betrug das Plus stattliche $5,3\%$. Der Preisauftrieb findet auf breiter Front statt. Der mit Abstand stärkste Preistreiber bleibt aber die Energie, mit im Durchschnitt $+105\%$ gegenüber dem Vorjahresmonat.
- Zur Entlastung der Verbraucher hat die Große Koalition beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Gas von 19% auf 7% zu senken.

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2001 – 07/2022

Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

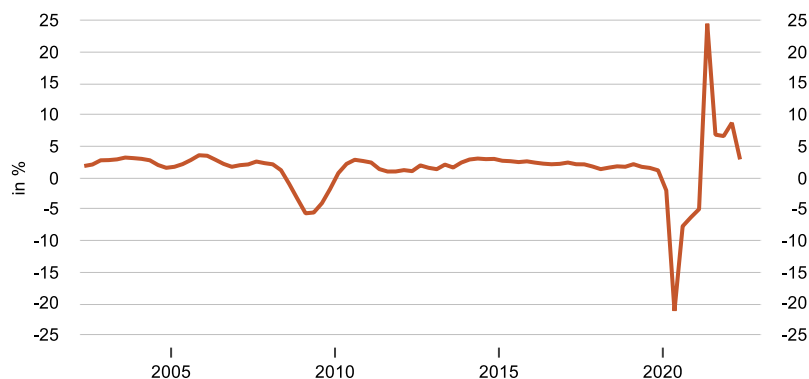


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

BIP-Rückgang im zweiten Quartal

- Das BIP ist im zweiten Quartal geschrumpft. Nachdem die britische Wirtschaft im ersten Quartal noch um 0,8 % gewachsen war, schrumpfte das BIP in Q2 um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal (ggü. Vorjahr bleibt der Wert positiv). Dies dürfte der Auftakt zur Rezession gewesen sein. Wir erwarten, dass auch die nächsten drei Quartale zum Teil deutlich negative Werte ausweisen werden. Insgesamt dürfte das BIP ausgehend vom Höhepunkt um 2,3 Prozent sinken. Erst im zweiten Quartal 2023 dürften die Wachstumswerte wieder positiv sein.
- Die Ausgaben der privaten Haushalte steigen kräftig weiter. Allerdings nur nominal, also aufgrund der Inflation. Die realen Ausgaben stagnieren.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



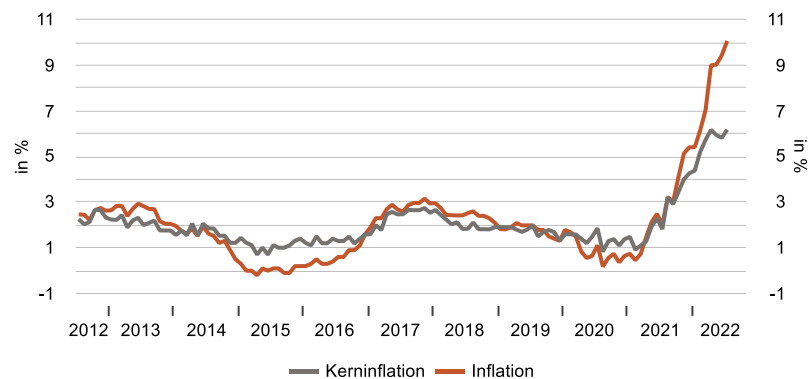
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 06/2002 – 06/2022

Inflationsrate nun zweistellig

- Die Inflationsrate ist im Juli von 9,4 % auf 10,1 % im Vorjahresvergleich gestiegen. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Preise um 0,6 %. Auch die Kernrate der Inflation ist weiter gestiegen, von 5,8 % auf 6,2 %. Der Preisanstieg ist damit höher ausgefallen als erwartet. Er ist inzwischen so scharf wie zuletzt 1982.
- Bisher erwarten wir die Spitze der Inflation im Oktober bei gut 12 %. Die neuen Juli-Daten zeigen, dass das Risiko für noch höhere Inflationsraten beträchtlich ist.
- Zwar steigen die Löhne, aber der Anstieg reicht nicht aus, um die höheren Preise auszugleichen. Es sind schwierige Zeiten für die Verbraucher.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2012 – 07/2022

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

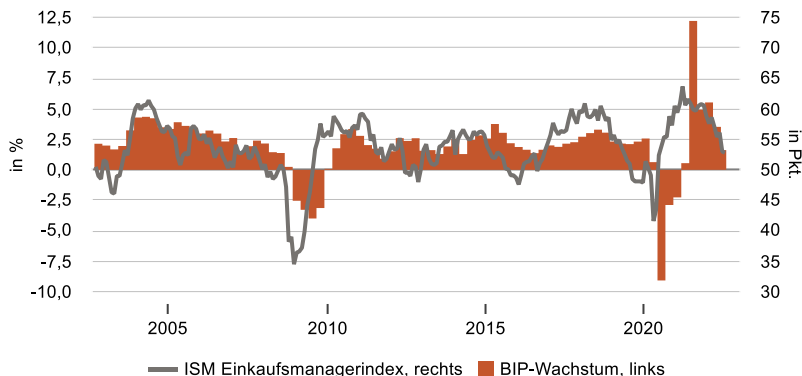


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Anstieg der Industrieproduktion

- Die Industrieproduktion stieg im Juli um 0,6 % gegenüber dem Vormonat, nachdem sie zuvor zweimal in Folge gesunken war. Der kräftige Anstieg der Kfz-Produktion um 6,5 % gegenüber dem Vormonat unterstützte diese positive Entwicklung. Ohne die Kraftfahrzeuge lag der Produktionsanstieg nur bei bescheideneren 0,3 %.
- Die Einzelhandelsumsätze stagnierten im Juli. Starke Rückgänge bei den Ausgaben an Tankstellen (-1,7 % ggü. Vormonat) und für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile (-1,6 % ggü. Vormonat) wurden durch einen Umsatzsprung im stationären Einzelhandel und im Handel mit Möbeln, Baumaterialien und Gartengeräten ausgeglichen.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



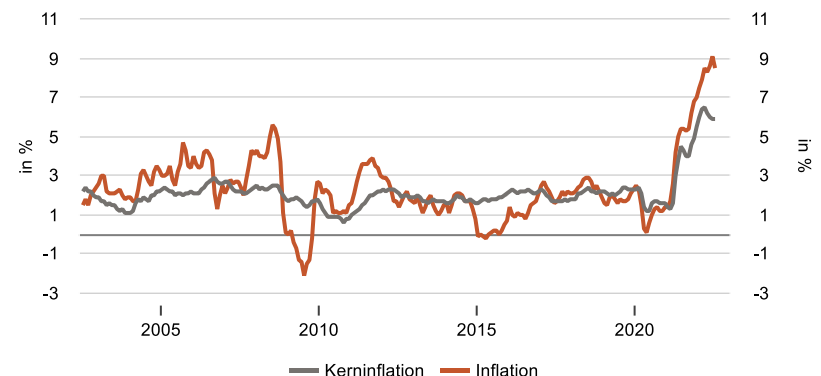
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2001 – 07/2022

Inflationsrate sinkt im Juli leicht

- Entgegen den Erwartungen ist die Inflationsrate im Juli leicht gesunken: Im Vorjahresvergleich ging die Inflation von 9,1 % im Juni auf 8,5 % im Juli zurück. Im Vormonatsvergleich waren die Preise stabil, es ging im Juli also nicht weiter nach oben. Die Entspannung an der Preisfront resultiert vor allem aus einem Rückgang der Benzinpreise.
- Die Kernrate der Inflation (ohne Energie- und Lebensmittelpreise) blieb im Vorjahresvergleich unverändert bei 5,9 %. Trotz der positiven Überraschung ist es zu früh für eine Entwarnung an der geldpolitischen Front. Die Fed wird die Zinsen weiter anziehen.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



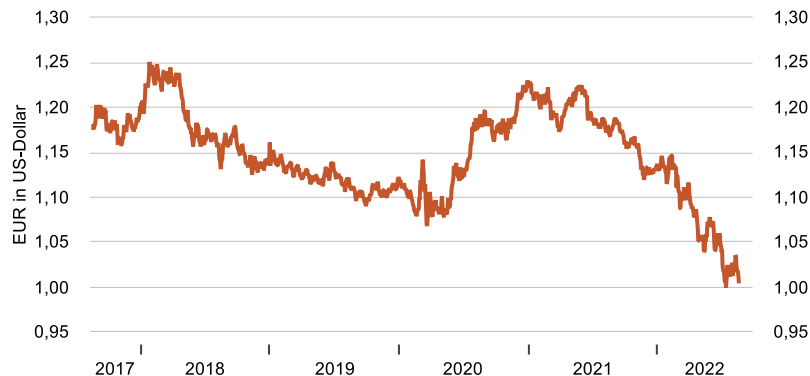
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2002 – 07/2022

Euro fällt erneut auf Parität

- In der Vorwoche konnte der Euro noch von schwächer als erwarteten US-Inflationsdaten profitieren und zeitweilig auf 1,03 US-Dollar je Euro steigen. Jetzt folgte der Rückschlag. Aktuell ist die Gemeinschaftswährung bis zur Parität zurückgefallen.
- Gegenüber dem Schweizer Franken bleibt der Euro weiter sehr schwach und fällt bis fast 0,96 Franken je Euro.
- Sollte Liz Truss Nachfolgerin von Boris Johnson werden, könnte sie Meldungen zufolge die Unabhängigkeit der Bank of England in Frage stellen. Für das Britische Pfund wäre das wohl ein Belastungsfaktor.

Wechselkurs EUR/USD



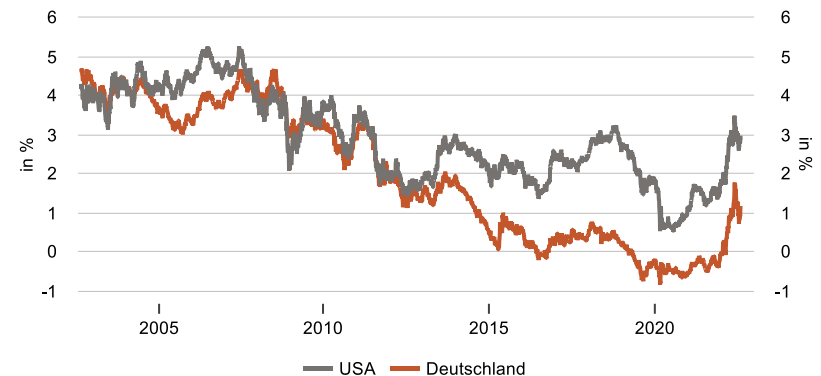
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2017 – 08/2022

Zinsen weiter aufwärts

- Der starke Anstieg der Marktzinsen wurde zeitweilig unterbrochen und es gab eine Gegenbewegung. U.a. der starke Juli-Arbeitsmarktbericht in den USA hat die Zinsen nun wieder anziehen lassen. Da die Rezession den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht hat und die Löhne weiter steigen, bleibt der Inflationsdruck hoch und die Notenbank Fed muss die Geldpolitik weiter straffen.
- Auch die übrigen Notenbanken werden die Leitzinsen weiter anheben. Zuletzt hat die Bank of England mit einer Zinserhöhung um 0,5 % auf die hohe Inflation und die hohen Inflationserwartungen reagiert.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2002 – 08/2022

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			19.08.2022	31.12.2022	30.06.2023
Aktienmärkte	USA	S&P 500	4.228	3.900	4.100
		DAX	13.544	14.500	15.800
	Europa	EURO STOXX 50	3.730	3.800	4.000
		MSCI Großbritannien	2.171	2.200	2.350
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	2,25-2,50	3,50-3,75	3,50-3,75
		10 Jahre	2,98	2,90	3,20
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	0,50	1,50	1,50
		10 Jahre*	1,18	1,00	1,50
	Großbritannien	Bank Rate	1,75	2,50	2,50
		10 Jahre	2,42	2,10	2,50
Währungen	USA	EUR/USD	1,00	1,00	1,05
	Schweiz	EUR/CHF	0,96	1,00	1,02
	Großbritannien	EUR/GBP	0,85	0,86	0,85
	Japan	EUR/JPY	137	135	142

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Welt*	100,0	5,9	2,5	1,4	2,5												
USA	24,5	5,7	1,5	-0,6	1,0	4,7	7,9	3,9	2,8	5,4	3,7	4,6	5,2	-12,8	-6,7	-5,0	-4,0
China	16,4	8,1	3,5	4,6	4,3	0,9	2,1	2,3	2,3	3,9	4,0	3,8	3,6	-5,0	-4,2	-4,0	-3,5
Japan	5,8	1,7	1,2	-0,1	1,3	-0,2	2,1	1,3	0,7	2,8	2,6	2,4	2,3	-8,5	-6,5	-5,3	-4,0
Indien	3,3	8,7	8,0	6,5	6,7									-10,4	-7,0	-6,5	-6,0
Lateinamerika	5,9	6,8	2,5	1,5	2,5									-4,5	-6,0	-6,0	-4,5
Europa	24,4	5,7	1,6	-0,9	2,1												
Eurozone	15,3	5,3	2,5	-1,1	2,3	2,6	8,3	5,0	2,0	7,7	6,7	7,3	6,9	-5,1	-4,3	-5,0	-3,3
Deutschland	4,4	2,6	1,0	-1,4	2,3	3,2	8,5	5,9	2,0	3,6	2,9	3,3	3,0	-3,7	-3,5	-2,7	-2,0
Frankreich	3,1	6,8	2,1	-0,8	2,2	2,1	6,0	4,3	1,9	7,9	7,3	7,9	7,3	-6,5	-5,0	-5,0	-3,5
Italien	2,3	6,6	2,9	-1,2	1,4	1,9	7,7	4,7	1,9	9,5	8,3	9,0	8,3	-7,2	-5,5	-6,2	-3,0
Spanien	1,6	5,1	4,2	-0,4	2,4	3,0	9,3	4,8	2,0	14,8	12,8	13,4	12,7	-6,9	-5,4	-5,0	-3,0
Portugal	0,3	4,9	6,0	-0,9	2,3	0,9	8,0	5,4	2,0	6,6	6,0	6,6	6,4	-2,8	-2,6	-3,0	-1,5
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,2	7,4	3,0	-1,2	1,7	2,6	9,4	6,2	1,6	4,5	4,0	5,0	5,0	-9,0	-3,5	-2,5	-2,0
Schweiz	0,8	3,7	2,0	-0,5	1,5	0,6	3,0	1,4	0,9	3,0	2,5	2,5	2,0	-1,9	-0,7	-0,1	-0,1
Schweden	0,6	4,9	2,4	-0,5	2,2	2,2	6,5	2,7	2,0	8,8	7,9	8,2	7,0	-1,0	-2,5	-2,0	0,0
Osteuropa																	
Russland	1,9	4,7	-10,0	-3,0	1,0	6,6	30,0	15,0	6,0	4,8	7,5	8,4	7,4	0,7	-7,0	-8,0	-5,0
Türkei	0,9	11,2	3,0	3,0	2,5	19,6	70,0	40,0	20,0	12,0	12,5	13,0	13,0	-3,5	-6,1	-5,5	-6,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2020